

Haushaltsrede der CDU-Fraktion - Es gilt das gesprochene Wort -

„Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Verabschiedung des Haushaltes ist der Höhepunkt der politischen Arbeit, ganz gleich, ob in Bund, Land oder Stadt, denn der Haushalt ist das A und O, das entscheidende Instrument der Politikgestaltung schlechthin. Ganz egal, welche spektakulären Entscheidungen sonst so getroffen werden, Kulturhauptstadtbewerbung, Stadionneubau oder Schulschließung – der Haushalt ist wichtiger, denn er ist umfassender und damit wesentlich bedeutsamer als jede andere Einzelentscheidung. Denn man kann sagen, der Haushalt bildet die Voraussetzung für ein geregeltes Zusammenleben, auch in Halle.

Ein guter, solider Haushalt bietet dabei zwar noch lange nicht die Gewähr dafür, dass das Zusammenleben wirklich gut funktioniert, aber ohne einen solchen wird kaum etwas richtig funktionieren können. Wer sich ein wenig auskennt in der Politik, der weiß das, und ich brauche das hier sicher nicht weiter auszubreiten.

Der Haushalt ist also der Höhepunkt.

Und eigentlich gehört dieser Höhepunkt an das Ende eines jeden Jahres, mindestens an den Anfang, denn er soll ja die Voraussetzung für das geregelte Leben im jeweils nächsten Jahr sein.

Und damit fängt die Misere leider schon an. Der Haushalt für das Jahr 2005 wurde nicht etwa im Dezember 2004 verabschiedet, wie es sich also gehörte. Nein, da wurde er eingebracht.

Die Einbringungsrede hielt die Frau Oberbürgermeisterin, nicht der Kämmerer, wie sonst schon mal üblich. „Na ja, ein Zeichen, wie wichtig ihr der Haushalt ist“, dachte ich so für mich und hörte aufmerksam zu.

Frau Häußler war stolz auf ihren Haushalt, und scheinbar zu Recht, denn immerhin konnte sie verkünden, dass das Defizit von 82 Mio. EUR um 26 auf 56 Mio. EUR vermindert werden konnte. Das passte ins Bild der Pressemitteilungen des vergangenen Jahres, denen zufolge der Konsolidierungsprozess zügig vorankäme.

Der Konsolidierungsbericht vom November 2004 wies aus, dass die Zielvorgaben des Berger-Gutachtens deutlich überschritten wären, jedenfalls was die konzeptionelle Untersetzung betrifft. Aber auch die Zahlen zur direkten Haushaltswirksamkeit der Konsolidierungsmaßnahmen, welche in Beantwortung einer Anfrage durch Frau Weiß mitgeteilt wurden, sahen so schlecht nicht aus; knapp 21 Mio. EUR sollten das in 2004 gewesen sein, gut 40 Mio. EUR sollten es in 2005 werden.

Da aber staunt der Laie, und der Fachmann wundert sich.

Wie ging denn das zusammen? Defizitminderung um 26 Mio. EUR, bei einem haushaltswirksamen Konsolidierungsbeitrag von 40 Mio. EUR? Hat es vielleicht wieder Einnahmeminderungen gegeben? Die Tabellen im Haushalt zeigten das in diesem Jahr nicht an. Da muss es doch irgendwo Aufwüchse gegeben haben.

Und dann kam eine Tabelle aus dem Geschäftsbereich Frau Szabados', die aussagte, dass, vorsichtig ausgedrückt, 27 Mio. EUR Konsolidierungsbeitrag allein aus den Hartz-IV-Regelungen resultierten.

Dies trieb mich nun wirklich um, und ich begann, nach diesen Aufwüchsen zu suchen.

Aber der Haushalt ist dick, und schlüssig fündig geworden bin ich nicht. Also fragte ich nach, im Finanzausschuss. Eine spontane Antwort habe ich natürlich nicht bekommen, aber eine Ankündigung einer Antwort. Bei der nächsten Nachfrage wieder, und Ende April dann ein Papier. Endlich! Nur, die Antwort auf meine Fragen stand nicht drin, denn die dort aufgeführten Beträge reichten insgesamt gar nicht aus, um das zu erwartende Volumen zu erklären.

Um mich zu vergewissern, dass ich nicht einem Hirngespinnst nachjagte, setzte ich mich an den Computer, tippte die entsprechenden Zahlen ein und rechnete. Ich will Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht weiter mit Einzelheiten malträtieren, aber das Endergebnis war schon bestürzend für mich: Unter Einbeziehung der Einnahmenminderungen kam ich auf einen Aufwuchs an Zuschussbedarf von 57 Mio. EUR seit 2002, und das trotz ausgewiesener Kassenwirksamkeit der Konsolidierungsmaßnahmen!

Eine Erklärung dafür habe ich seitens der Stadtverwaltung bis heute nicht erhalten, und allein schon dieser Umstand könnte Anlass dafür sein, den Haushalt abzulehnen.

Aber so einfach ist das alles nicht – der Haushalt ist wirklich sehr kompliziert.

Was dieser Umstand aber in jedem Fall deutlich zum Ausdruck bringt, ist folgendes.

Der Haushalt ist nicht nur dick und kompliziert – er ist nicht wirklich transparent, nicht wirklich durchschaubar; jedenfalls nicht für einen ehrenamtlichen Stadtrat.

Das ist zuerst einmal kein Vorwurf an die Verwaltung.

Die Mitglieder des Finanzausschusses wissen, was ich meine, aber für die anderen Kolleginnen und Kollegen will ich noch ein paar Worte dazu sagen.

Ich erkenne wirklich und ernsthaft an, dass die Verwaltung sich einer konstruktiven Zusammenarbeit nicht verschlossen hat. Bis auf wenige Ausnahmen wurden alle Fragen über kurz oder lang beantwortet. Und darunter waren wirklich komplizierte und arbeitsaufwändige Antworten nicht selten.

Aber ich bin nicht sicher, dass die Verwaltung, und namentlich die Verwaltungsspitze, von sich aus alles tut, um uns Stadträtinnen und Stadträten die Sachlage wirklich transparent zu machen. Frau Häußler hätte in ihrer Einbringungsrede durchaus klar sagen können, dass 27 Mio. EUR Entlastung allein aus Hartz IV resultieren, zumal sie damit ja auch die ihrer Partei angehörende Bundesregierung hätte lobend erwähnen können. Hat sie aber nicht.

Erwähnt hat sie den Sachverhalt gleich zweimal, aber in folgender Weise:

An einer Stelle sagte sie:

„Der Verwaltungshaushalt weist Einnahmen von 450,6 Mio. Euro aus. Im Vergleich zu 2004 bedeutet dies eine Einnahmeerhöhung um 11,8 Mio. Euro. Das resultiert daraus, dass sich im Zuge der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (SGB II) die Finanzströme zwischen Bundesagentur, Land und Kommunen wandeln und sich positiv in den Einnahmen widerspiegeln.“

Und an anderer Stelle:

„Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe führt zu einer veränderten Ausgabenstruktur. Die Veranschlagung der Unterkunftskosten nach SGB II führt zu einer Steigerung von 71,4 Mio. Euro im sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand. Im Gegenzug ergibt sich eine Minderausgabe in Höhe von 80,7 Mio. Euro im Bereich Jugend- und Sozialhilfe.“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich will Ihnen ja wirklich nicht unterstellen, dass Sie uns damit irgendwelche Informationen absichtlich vorenthalten wollten, aber ein wenig aussagekräftiger hätten Sie sich schon ausdrücken können, dann hätten Sie uns und den Kolleginnen und Kollegen im Gesundheits- und Sozialausschuss viel Zeit und Kopfzerbrechen erspart.

Noch einmal: Es ist nicht leicht, den Haushalt vollständig zu durchschauen. Was wir technisch an Erleichterung und Verbesserung der Transparenz tun können, gemeinsam mit der Verwaltung, haben wir im Finanzausschuss angesprochen, werden wir in der nächsten Sitzung konkret besprechen, und ich bin sicher, in breitem Konsens beschließen, so dass ich dieses Thema hier heute nicht weiter vertiefen muss.

Und wir sollten uns bemühen, den Haushalt früher im Jahr zu verabschieden, noch besser im jeweiligen Vorjahr. In Bund und Land klappt das in der Regel auch, und dort sind die Probleme durchaus nicht geringer.

Und das Hintertürchen, durch vorläufige Haushaltsführung Konsolidierung zu betreiben, ist unredlich; jedenfalls sehe ich das so.

So, nach diesen formalen Aspekten möchte ich jetzt doch auch noch auf einige inhaltliche eingehen.

Die Verschuldung muss dabei natürlich an erster Stelle genannt werden, leider. Auf fantastische 235 Mio. EUR wird sich das Defizit des Verwaltungshaushaltes kumuliert haben, wenn dieses Jahr herum ist. Das ist ungefähr die Hälfte eines gesamten Jahresetats; umgerechnet ca. 1.000 EUR pro Kopf eines jeden Hallensers. Das ist natürlich viel zu viel, keine Frage, denn allein die Zinsen würden uns bald völlig lähmen, wenn wir nicht endlich wirksam an den Abbau dieser Schulden herangingen.

Aber trotz dieser klaren Erkenntnis und trotz der Konsolidierungsaufgaben der Kommunalaufsicht - der Sparwille ist in der Verwaltung noch nicht in ausreichendem Maße zu erkennen. Und ich will diese These natürlich auch belegen.

In Ihrer bereits mehrfach zitierten Einbringungsrede sagten Sie, Frau Oberbürgermeisterin, unter anderem:

„Es ist daher schon seit Jahren mein Anliegen, der zunehmenden Verschuldung unserer Stadt ernsthaft entgegen zu wirken. Ich gebe zu, dass es auch mir persönlich bisweilen schwer fällt, im konkreten Einzelfall knallharte Konsolidierungsentscheidungen zu treffen oder Ihnen vorzuschlagen...“

Man weiß gar nicht, was man dazu sagen soll. Soll man Sie für Ihre Ehrlichkeit loben, oder doch lieber für die zugegebenen Schwächen tadeln? Ich zitiere erst einmal weiter:

„Politik ist in diesen Zeiten knapper Kassen keine Schönwetterveranstaltung und der Konsolidierungsschmerz, den heute der Kämmerer oder Sie als Stadträte haben, wird morgen an die Bürgerin und den Bürger weitergegeben.“

Ja, Frau Häußler, genau darum geht es. Wir machen nicht Politik um eines schönen Haushalts und netter Beschlüsse und Highlights wegen – es geht um die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die Hallenserinnen und Hallenser. Das haben Sie sehr richtig erkannt.

Umso erstaunlicher ist, was Sie dann weiter sagten:

„Konkret heißt das: weitere Kontrolle des Ausgabenanstieges, Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes, Überprüfung der Quantität und Qualität der freiwilligen Leistungen und der über den Pflichtstandard hinausgehenden Leistungen, straffes Beteiligungsmanagement...“

und Sie führen dann noch Weiteres auf.

Sollte das nicht aber eher als Normalität dargestellt werden? Sie, Frau Häußler, nennen das Vorhaben für die Zukunft.

Noch mal im Einzelnen: Kontrolle des Ausgabenanstieges – haben Sie wirklich gesagt! Sie wollen den weiteren Anstieg der Ausgaben kontrollieren und berichten doch gleichzeitig von Sparerfolgen!?

Das ist wirklich sehr bedenklich, sehr bedenklich! Und da muss man sich dann auch über manche seltsame Erscheinung nicht mehr wundern.

Leider haben wir noch immer nicht die Ist-Zahlen für das vergangene Jahr, aber nach Ihren Worten ahnt man schon, was uns erwartet.

Wir jedenfalls nehmen diesen Haushalt und Ihre Aussagen zum Anlass, in Zukunft noch viel intensiver hinzuschauen.

Wir selbst sind nicht ohne Schuld an der Misere. Auch das haben wir erkannt. Zu lange haben wir uns als Stadträtinnen und Stadträte auf die Verwaltung, ihre Einsichten, ihre Worte und ihre Taten verlassen, auch wir von der CDU-Fraktion. Aber in den letzten Monaten ist uns völlig klar geworden, dass das so nicht weitergehen kann. Wir haben Kontrollrechte und –pflichten, und wir werden in Zukunft beides stärker wahrnehmen als bisher – versprochen!

Die immensen Schulden verringern wir nicht durch Kontrolle des Anstiegs der Ausgaben, sondern einzig durch eisernes Sparen. Wir alle wissen das.

In den Haushaltsdiskussionen in den einzelnen Fachausschüssen kamen seitens der Fraktionen Sparvorschläge, wenn auch leider nicht ausschließlich; es gab auch Anträge, die dem entgegenstanden. Insgesamt aber wurden in der Phase der Ausschusdiskussionen weitere Einsparpotenziale erkannt und umgesetzt. Das ursprünglich geplante Defizit konnte um ca. 2 Mio. EUR vermindert werden. Das ist wirklich anerkennenswert, und allen Beteiligten gilt daher auch mein ganz besonderer Dank, und der der CDU-Fraktion!

Es geht also mit dem Sparen, wie man sieht, wenn man nur wirklich will.

Und was den Stadtratsmitgliedern prinzipiell möglich ist, ist der Verwaltung noch viel besser möglich, ganz ohne Zweifel.

Aber dazu gehören eben nicht nur schön ausgefüllte Formulare zur Haushaltskonsolidierung, sondern dazu gehören auch ausgefeilte Konzepte und die notwendige Härte gegenüber denjenigen, die den Ernst der Lage offenbar noch nicht begriffen haben.

Dass das Opernhaus seinen Sparauftrag nicht erfüllt hat, sollte z.B. seitens der Verwaltung dadurch honoriert werden, dass neues Geld zugeschossen wird. Wir konnten das im Finanzausschuss abbiegen, aber das hätte die Verwaltung ebenso selbst gekonnt.

Sehr geehrte Frau Häußler, Sie haben in geradezu sympathischer Offenheit bekannt, dass Ihnen gelegentlich der Mut zu knallharten Entscheidungen fehlt. Ich bitte Sie, seien Sie in Zukunft mutiger, sonst können wir bald die weiße Fahne raushängen. Denken Sie dabei, wie wir alle, daran, dass wir das, was wir einem Verschwender gönnen, womöglich einem Bedürftigen wegnehmen bzw. vorenthalten.

Wir von der CDU-Fraktion sind gern bereit, Sie dabei zu unterstützen.

Aber eben nur zur Unterstützung. Die Konzepte, die knallharten Vorschläge müssen schon von Ihnen kommen. Sie haben die Fachleute zur Verfügung, Sie tragen die Verantwortung für die Verwaltung. Nehmen Sie sie wahr, mit aller Härte und Konsequenz. Auf uns können Sie, wie gesagt, zählen.

Und gute Ansätze und willige Mitarbeiter sind ja da und gar nicht zu leugnen. Ich will die Dinge ja auch, weiß Gott, nicht übertrieben schlechtreden.

Neulich beispielsweise ist mir etwas passiert, was mich wirklich gefreut hat.

Ich bekomme öfter Anrufe aus der Verwaltung, und weil ich viel unterwegs bin, meist auf dem Handy. Neulich rief mich eine Mitarbeiterin der Verwaltung an und fragte mich, ob ich nicht auch im Festnetz erreichbar sei, das sei doch nicht so teuer.

Daran, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man den wirklichen Sparwillen erkennen, nicht oder nicht nur an den ganz großen Gesten.

Und es gibt noch eine Menge anderer positiver Beispiele und Ansätze.

Dass die Stadt mit ihrem PPP-Projekt bundesweit Anerkennung gefunden hat, ist beachtlich. Weiter so, kann ich da nur sagen.

Dass im Personalbereich tatsächlich Einsparungen zu verzeichnen sind, ist ebenso erfreulich. Der Städtevergleich mit Magdeburg und Dessau zeigt, dass wir da mit den Personalkosten pro Kopf der Bevölkerung wirklich gut liegen. Wenn wir allerdings nach Chemnitz schauen, sehen wir, dass wir noch längst nicht am Ziel sind; es geht schon noch deutlich besser.

Und es darf für uns keine anderen Maßstäbe geben als die jeweils Besten. Die Großstädte legen ihre Daten für Vergleiche offen, und das Statistische Landesamt bereitet sie auf und veröffentlicht sie in übersichtlichen Tabellen.

Die Tabellen mit den Werten für die Jahre 1999 bis 2003 erhielten wir vor zwei Monaten.

Nicht jede der dort enthaltenen Angaben ist leicht interpretierbar, aber einige sind schon sehr interessant und aufschlussreich.

So ist beispielsweise zu erkennen, dass Magdeburg mit seinen liquiden Mitteln in den fetteren Jahren ganz anders umgegangen ist als wir. Wir bildeten Rücklagen, Magdeburg bezuschusste davon Gegenfinanzierungen von Investitionen. Und bekam dafür natürlich auch Fördermittel.

Wir verfrühstückten unser Geld später, beim Ausgleich des Defizits im Verwaltungshaushalt.

Ein anderes Beispiel: Der Umfang des Vermögenshaushaltes pro Einwohner betrug 2003 in Halle 540 EUR, in Magdeburg 635, in Chemnitz wiederum deutlich mehr, nämlich 804 EUR, und zwar bei ausgeglichenem Verwaltungshaushalt. Da machten wir 416 EUR Schulden pro Einwohner.

Die Personalkosten je Einwohner hatte ich vorhin schon erwähnt.

Wir sehen also, dem Nachbarn über die Schulter zu schauen, lohnt allemal. Und noch einmal: Es reicht nicht, besser als Magdeburg zu sein – an den Besten müssen wir uns messen.

Den Begriff des Benchmarking habe ich seitens der Verwaltung, glaube ich, noch nie gehört. Aber auch das sollten wir in Zukunft tun, aber, wie gesagt, nicht nur mit denen vergleichen, die etwas schwächer dastehen als wir, sondern konsequent mit denen, die wirklich die Maßstäbe setzen.

Und zwar mit klarem Blick, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sich die Augen zu verkleistern oder Probleme schön zu reden, ist Selbstbetrug und Betrug an den Hallenserinnen und Hallensern.

So halte ich es beispielsweise für sehr zweifelhaft, zu behaupten, wie kürzlich in einer Darstellung der Mehrkosten beim Neubau der Berliner Brücke, es käme zu keiner zusätzlichen Belastung für den städtischen Haushalt, aber mehr als 2 Mio. EUR Belastung für die HAVAG.

Wer trägt denn deren Defizit?

Wir wissen das, und solche Schönfärberei sollten Sie uns bitte nie wieder antun, Frau Oberbürgermeisterin, Sie nicht, und auch keiner Ihrer Mitarbeiter.

Übrigens auch und gerade nicht bei den Konsolidierungsbestrebungen, denn wenn wir hier nicht ernst machen, dann haben wir keine Chance, aus der Schuldenfalle zu entkommen.

Herr Mutter von der Fa. Mummert und Partner, der bei uns lange Zeit als Konsolidierer tätig war, sagte mir einmal, dass Halle bzgl. des HH-Konsolidierungskonzeptes tatsächlich deutlich weiter sei als vergleichbare andere Städte, und zwar deutschlandweit.

Und wenn man die im Konzept angegebenen Zahlen sieht, möchte man das auch gern glauben.

Wenn man sich dann jedoch überlegt, und ich habe das vorhin schon einmal angedeutet, dass die angegebene HH-Wirksamkeit der Konsolidierungsmaßnahmen im Jahre 2005 in Höhe von 40,4 Mio. EUR doch dazu führen müsste, dass das HH-Defizit aus 2004 in Höhe von 82,2 Mio. EUR damit in 2005 auf wenigstens 41,8 Mio. EUR reduziert werden können müsste, erhebt sich die Frage, wieso unser jetzt geplantes Defizit bei ca. 54,4 Mio. EUR liegt. Woher kommt denn das Mehr an Defizit in Höhe von also ungefähr 12,6 Mio. EUR.

Ich habe diese Frage im Finanzausschuss gestellt, und zwar mehrfach, aber bis zuletzt habe ich keine befriedigende Antwort darauf erhalten.

Auswirkungen von außen konnte ich so einfach nicht erkennen, denn die auf Seite 41 des zuletzt ausgegebenen Papierstapels ausgewiesenen Einnahmen liegen in 2005 um 4 Mio. EUR höher als im Vorjahr und die Ausgabenentwicklung ist viel zu undurchsichtig, als dass ich daraus die 12,6 Mio. EUR eventuellen neuen, nicht finanzierten Aufgaben zuordnen könnte.

Also habe ich mir die Mühe gemacht, in den angegebenen Konsolidierungsmaßnahmen selbst nachzusehen, ob deren Wirksamkeit wirklich in den HH-Ansätzen zu erkennen wäre.

In der Anlage zum HH-Planentwurf sind diese Einzelmaßnahmen je Geschäftsbereich ausgewiesen, und zwar einschließlich HH-Wirksamkeit für die einzelnen Jahre.

Wer unseren Haushalt kennt, weiß, welche Arbeit ich mir da zugemutet habe, aber ich kann Ihnen versichern, sehr geehrte Damen und Herren, ich bereue dies nicht, denn die Erkenntnisse, die ich dabei gewonnen habe, waren die Mühe wert.

Dabei will ich hier nicht den Eindruck erwecken, als hätte ich mir alle Einzelblätter näher ansehen können. Nein, das wäre natürlich weit über meine Möglichkeiten gegangen, und zwar nicht nur die zeitlichen Möglichkeiten. Es ist nämlich so, dass die Angaben in den Blättern so unscharf sind, dass es äußerst schwierig – und in manchen Fällen sogar gänzlich unmöglich – ist, dass ein Außenstehender überhaupt konkret nachvollziehen könnte, was genau gemeint ist, welche HH-Stellen von der jeweiligen Maßnahme betroffen sein könnten.

Deshalb habe ich mir die einzelnen Maßnahmen zuallererst einmal unter dem Aspekt angesehen, ob sie für mich überhaupt nachvollziehbar sein könnten. Dann habe ich für jeden Geschäftsbereich exemplarisch eine Maßnahme herausgegriffen, und ich will Ihnen jetzt so kurz wie möglich darstellen, was ich dabei festgestellt habe.

OB-Bereich:

Ich beginne dabei mit dem Bereich der Oberbürgermeisterin.

Hier gibt es nicht so sehr viele Maßnahmen, leider, aber interessant sind die wenigen natürlich in ganz besonderer Weise.

In dem 261 Seiten umfassenden Stapel, den wir mit Datum 28. April bekommen haben, ist nämlich beispielsweise eine Maßnahme enthalten, die bereits im ursprünglichen HH-Entwurf vom November enthalten war, dort auf Seite 663 ausgewiesen als Bestandteil der HH-Planung 2003. Sie hat die interne Nummer OB/4 und die Kurzbezeichnung „Fachkonzept Fachbereich Gleichstellung“.

Der erläuternde Text lautet:

„Umstrukturierung und Aufgabenoptimierung im Fachbereich 39

Zusätzlich zu den angegebenen Einsparpotenzialen haben sich fünf Mitarbeiterinnen für die Annahme von Teilzeitmodellen (Modell 1 und 2) entschieden, was im Zeitraum 2003 bis 2008 einem Einsparbeitrag von insgesamt 67.900 Euro entspricht.“

Auf Seite 664 ist dann der Nettoeffekt dieses Konsolidierungsbeitrages mit 83.588 Euro für den Konsolidierungszeitraum insgesamt angegeben, wobei dieser vollständig im Jahr 2004 erbracht werden soll.

Wie gesagt, diese Aussagen stammen aus der HH-Planung 2003 und sind so im HH-Entwurf für 2005 im Jahr 2004 aufgeschrieben worden. Ich wiederhole die Zahl noch einmal: In der Tabelle stehen 83.588 Euro, alles Personalkosten. Im Textteil stehen als zusätzlich zu erbringen 67.900 Euro.

Dieselbe Maßnahme, OB/4, wird also im letzten Papier, Stand 28. April 2005, auf Seite 233 dargestellt, dort unter der Kategorie HH-Planung 2005. Der Textteil auf Seite 233 ist identisch mit dem aus dem alten Entwurf, die zugehörige Tabelle aber sieht erstaunlich anders aus:

Nettowirksamkeit 2004: 7.863 Euro und 2005: 34.230 Euro, in Summe über den Konsolidierungszeitraum 42.093 Euro.

Der Durchschnitt aus beiden Tabellenangaben ergibt 62.840 Euro und kommt damit den 67.900 Euro im übereinstimmenden Textteil verhältnismäßig nahe, aber Frau Oberbürgermeisterin, ich hoffe, solche Spielchen machen Sie nicht wirklich mit uns.

Aber ganz ernsthaft, was stimmt denn nun, welchen Effekt dürfen wir wirklich einrechnen? Die 42.093 aus der letzten Tabelle, und sind da vielleicht die 67.900 aus dem Textteil des Maßnahmeblattes enthalten oder die 83.588 aus der Novemberdarstellung?

Frau Oberbürgermeisterin, keine Angst, ich will die Frage gar nicht wirklich beantwortet haben, denn ich bin fest überzeugt, Sie wissen es selber nicht.

Und das, obwohl es hier nicht um irgendwelche Erwartungen von Steuereinnahmeentwicklungen geht, die man wirklich nicht genau bewerten kann, sondern um Personalmaßnahmen.

Fünf Mitarbeiterinnen haben sich zudem zur Annahme von Teilzeitmodellen entschieden, das sind fünf konkrete Personen, und für jede müsste man leidlich genau ausrechnen können, welchen Einspareffekt das mit sich bringt. Tarifunsicherheiten könnten sich hier nur marginal auswirken, aber als marginal kann man einen Unterschied von 100 %, denke ich, wirklich nicht bezeichnen.

Und Fakt ist jedenfalls, dass der Zuschussbedarf im Fachbereich 39 gegenüber 2003, von damals stammte ja das erste Konsolidierungspapier, in Wirklichkeit nur um 17.226 Euro gesunken ist.

Auf den Personalkostenaufwuchs in den Unterabschnitten 010, 020 und 030 um 328.900 Euro und die annähernde Verdoppelung der Ausgaben im Unterabschnitt 0241, Pressearbeit, von 117.700 im Jahre 2004 auf 217.000 im Jahre 2005 will ich hier gar nicht näher eingehen.

Wie Sparwillen jedenfalls sieht das nicht aus, und wenn das im unmittelbaren Geschäftsbereich der Oberbürgermeisterin so ist, muss man sich wohl nicht so sehr wundern, dass es in den anderen Geschäftsbereichen nicht viel besser ist.

Eine vielleicht erwartete Vorbildwirkung der Oberbürgermeisterin jedenfalls ist nicht erkennbar.

Geschäftsbereich I:

Im UA 0300 Finanzservice, heißt es auf Seite 115 des HH-Planentwurfs:

„Im Unterabschnitt wurde die Haushaltskonsolidierung von 53.600 Euro im Planansatz Personalausgaben berücksichtigt.“

Auf Seite 676 steht aber im Tabellenteil des Maßnahmenblattes zu Maßnahme I.5 „Fachkonzept Finanzservice“ ein Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt) für das Jahr 2005 in Höhe von 135.138 Euro.

Gegenüber dem Jahr 2004 gab es aber im UA 0300 einen Personalkostenzuwachs von 221.300 Euro.

Haushaltskonsolidierung mit der Genauigkeit einer Schrotflinte, oder wie sonst soll man die Situation beschreiben?

Und dabei sollte doch gerade auch der Fachbereich Finanzservice Vorbildwirkung haben, könnte man jedenfalls denken...

Kommen wir zum

Geschäftsbereich II:

Auf Seite 690 des Haushaltsplanentwurfs ist die Maßnahme II.9 beschrieben, mit der Kurzbezeichnung „Änderung Ablauforganisation und Straffung Leistungskatalog sonstige FB“

Der zugehörige Text lautet wie folgt:

„Diese Darstellung bezieht sich auf Maßnahmen der Personalkostenreduzierung und Sachkostenreduzierung der Fachbereiche 61, 62, 63, 66 und der Stabsstelle 603.

Die Einsparung der unbesetzten Stellen wird als nicht HH-wirksames Konsolidierungspotenzial angegeben (vgl. Umsetzungsplanung 2003).

Die Reduzierung der Sachkosten wurde in den HH-Plänen bzw. HH-Anmeldungen berücksichtigt. Für 2005 ff. ist die Vorgabe als Ziel zu verstehen und wird im Statusbericht November konkretisiert.“

Im Statusbericht November auf Seite 656 steht unter der Überschrift „HH-Wirksamkeit der ausgewiesenen Maßnahmen“:

„Die HH-Wirksamkeit der unterschiedlichen Maßnahmen wird nunmehr separat in der Berichtsdocumentation der Geschäftsbereiche ausgewiesen (siehe Anlage).“

Das ist dann wieder Seite 690, wo steht „...wird im Statusbericht November konkretisiert.“

Auf Seite 245 des letzten Papierstapels steht wiederum die Maßnahme II.9 beschrieben. Der einzige Unterschied zur Seite 690 des ursprünglichen Planentwurfs besteht darin, dass man den Verweis auf die Konkretisierung im Statusbericht November weggelassen hat. Dort steht dann eben nur noch:

„Für 2005 ff. ist die Vorgabe als Ziel zu verstehen.“ Und man darf sich dazu denken: „...das dann eben nicht weiter konkretisiert wird.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde Sie nicht länger langweilen mit den Beispielen aus den übrigen Geschäftsbereichen. Näher betrachtet habe ich die Maßnahmen III.5, IV.4 und V.5, und es wird Sie nicht verwundern, dass ich dort zu sehr ähnlichen Erkenntnissen gekommen bin.

Welches Fazit soll man nun daraus ziehen? HH-Konsolidierung in Halle besteht in aufwändigem Getöse ohne zählbare Effekte, oder?

Zu DDR-Zeiten wurde angesichts der realen Zustände und der immer wieder von großen Erfolgen berichtenden Partei- und Staatsführung immer wieder die Frage aufgeworfen: „Ob Honecker das wohl alles weiß, was hier passiert?“ Wie die Frage zu beantworten war, weiß man heute; und die DDR ist pleite gegangen und hat die weiße Fahne rausgehängt.

Und wie kann man die Frage beantworten:

„Ob die Oberbürgermeisterin das alles weiß, was unter der Überschrift HH-Konsolidierung in ihrer Verwaltung geschieht?“

Ich kann es nur noch einmal wiederholen: Unabdingbare Voraussetzung für gute Politik sind Transparenz und Ehrlichkeit. Falsche Darstellungen, Halbwahrheiten usw. helfen vielleicht Diktaturen, eine Weile länger zu überleben, für demokratische Gesellschaften sind sie sehr, sehr schädlich.

Uns sollte ein grausiges Erwachen erspart bleiben, und dafür können wir am besten dadurch sorgen, dass wir ehrlich und konstruktiv miteinander umgehen und uns den Problemen offen stellen.

Den Eindruck, dass das gemeinsame Anliegen ist, hatte ich von meinen Kollegen Fraktionsvorsitzenden, als wir uns am 24. Mai trafen, um die Vorschläge der BMA für Beteiligungsverkäufe durchzusprechen.

Noch im März 2000 wurde ein solides Konsolidierungskonzept, das durch den damaligen Kämmerer, Herrn Koch, vorgelegt worden war, mit klarer Mehrheit des Stadtrates abgeschmettert.

Jetzt gab es, vorgelegt durch die BMA, eine Liste, wie durch Veräußerungen dazu beigetragen werden könnte, unseren Schuldenberg abzubauen. Und diesmal gab es nur wenig Zaudern, im Gegenteil, es gab sogar das Bestreben, die dort gemachten Vorschläge noch zu übertreffen.

Ein deutlicher Fortschritt, meine Damen und Herren. Auch wenn es noch immer Tendenzen gibt, ja keine Einflussmöglichkeiten einzubüßen, beispielsweise bei Frau Szabados und demzufolge bei der SPD-Fraktion, wo man nicht gewillt ist, vollständig vom Einfluss auf das Psychiatrische Krankenhaus zu lassen.

Was das wohl zu bedeuten haben mag, fragt man sich besorgt – aber eine Antwort will ich darauf lieber nicht versuchen, nicht in diesen Tagen.

Unstrittig jedenfalls waren von diesem Zeitpunkt an die Veräußerung aller Krankenhausanteile und der Anteile an der Fernwasser Elbaue-Ostharz GmbH.

Unstrittig war auch im Prinzip, dass die Selbsterwerbermodelle nicht mehr sind als Schuldenverschiebung aus dem städtischen Haushalt in die Beteiligungen, und dass wir diese Richtung nicht weiter verfolgen wollten.

Und unstrittig war, dass alle anderen Unternehmen daraufhin untersucht werden sollten, ob ein Verkauf möglich und sinnvoll sein könnte.

In der Frage der HAVAG-Veräußerung waren wir einer Fehlinformation aufgesessen, aber im Prinzip auch darin einig, dass bis zu 49% der Anteile zu verkaufen wären, wenn nicht auf andere Weise wesentliche Haushaltseffekte erzielt werden könnten.

Die Stadtwerke sollten nicht angetastet werden. Stattdessen sollten sie ihre Gewinnabführung deutlich erhöhen; an eine Dimension von 20 Mio. EUR hatten wir damals gedacht.

Die CDU-Fraktion wollte zudem die Wohnungsunternehmen komplett zum Verkauf anbieten. Die PDS war nicht bereit, ganz so weit zu gehen; die anderen hatten sich diesbezüglich gar nicht festgelegt. Dieser Punkt blieb also offen.

Und so wollten wir in die Stadtratssitzung am 25. Mai gehen. Das Meiste war klar, den strittigen Punkt sollte die Mehrheit entscheiden.

Dann kam die Vorbesprechung vor der Ratssitzung, diesmal mit der Oberbürgermeisterin, und plötzlich stimmte nichts mehr. Statt uns auf den am Vortag einzig strittigen Sachverhalt, die Wohnungsunternehmen, zu konzentrieren, stritten wir wieder über die durch Frau Häußler erneut ins Spiel gebrachten Selbsterwerbermodelle und die Ideen von Professor Schuh, der am Vortag nicht dabei gewesen war.

Die einzige Möglichkeit, wieder zu einem tragfähigen Konsens zu kommen, bestand dann wohl wirklich darin, die Entscheidung zu vertagen.

Dann kam unser Gespräch mit den Geschäftsführern der großen Unternehmen, Stadtwerke, HAVAG und Wohnungsunternehmen.

Und unter dem Druck drohender Verkäufe kamen von dort plötzlich Angebote, von denen wir bis dahin überhaupt nichts geahnt hatten. Und es kam für uns die Erkenntnis, dass es bis dahin überhaupt keine adäquaten Gespräche zwischen den Geschäftsführern, der Oberbürgermeisterin und der BMA gegeben hatte.

Auch das war für mich überraschend, und bedenklich, aber ich werde hier auf diesen Sachverhalt nicht weiter eingehen. Die Gesellschafterfunktion und deren Wahrnehmung wird ja demnächst auf der Tagesordnung des Finanzausschusses stehen.

Jedenfalls gab es Bewegung in der Szenerie, und es gab plötzlich Alternativen, über die man ernsthaft nachdenken konnte. Da ich nicht davon ausgehen durfte, dass ein Komplettverkauf der Wohnungsgesellschaften mehrheitsfähig sein könnte, gefiel mir die von deren Geschäftsführern aufgezeigte Variante der Gewinnabführung wirklich nicht schlecht, obwohl mir natürlich klar war, dass auf diese Weise die ursprünglich anvisierten 350 Mio. EUR nicht erreichbar waren.

Trotzdem ging ich recht zuversichtlich in die Runde vom vergangenen Donnerstag, dass wir einen soliden Anfang des Schuldenabbaus über die städtischen Beteiligungen hinbekommen würden.

Und dann habe ich mich gleich zweimal geärgert an diesem Tag.

Der erste Anlass war die Aussage, dass wir den denkbaren Verkauf von 49% der HAVAG-Anteile um zwei Jahre verschieben sollten, weil die Gewerkschaftsvertreter das forderten.

Freilich verstehe ich deren Problem, niemand möchte seinen Arbeitsplatz gefährdet oder seine Einkünfte reduziert sehen, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir beim ersten Protest einer Belegschaft einknicken, dann kann man doch klar voraussehen, welche Möglichkeiten uns bleiben werden – keine nämlich. Also, ob wir das toll fänden oder nicht, wenn wir wirklich zum Schuldenabbau durch Verkäufe beitragen wollen, dann dürfen wir uns dabei nicht beeindrucken lassen, weder von Drohungen, noch von ernsthaften Aktionen.

Wir sind in erster Linie den Hallenserinnen und Hallensern verpflichtet, und nicht den Mitarbeitern der städtischen Beteiligungen. Wenn wir an dieser Stelle einknicken, meine Damen und Herren, dann könnten wir wirklich gleich die heute schon zitierte weiße Fahne raushängen.

Trotzdem, die CDU-Fraktion ist bereit, dem Vorschlag zu folgen und die Entscheidung über den Verkauf der HAVAG-Anteile noch aufzuschieben. Aber der Grund sind nicht die Proteste der Mitarbeitervertreter, sondern vielmehr die Darstellung der Unsicherheiten, die mit diesem Ansinnen verbunden sind. Wir hatten nämlich gestern noch einmal Herrn Girard und Herrn Philipp in die Fraktion gebeten. Herr Philipp ist leider nicht erschienen, aber was Herr Girard uns vortrug, machte deutlich, dass es noch einigen Klärungsbedarf gibt bzgl. der möglichen Veräußerung von HAVAG-Anteilen.

Die Darstellung dieser Bedenken hätten wir uns zwar früher gewünscht, und zwar von BMA und Verwaltung, aber immerhin, jetzt kennen wir sie, und sie sind uns Grund genug, der Verschiebung zuzustimmen.

Das zweite Ärgernis bereitete mir in der Runde vom Donnerstag Ihr Vorschlag, Frau Oberbürgermeisterin, Wohnungsbestände im Wert von ca. 200 Mio. EUR zu veräußern. Ganz spontan schien Ihnen diese Idee gekommen zu sein, und die Begeisterung, die dieser Vorschlag teilweise auslöste, konnte ich überhaupt nicht teilen.

Das nämlich halte ich für die ungünstigste Form des Umgangs mit den städtischen Wohnungsunternehmen. Die Filetstücke zu verkaufen, und etwas anderes wird schwerlich abzusetzen sein, und dann den „schäbigen“ Rest zu verwalten, wird es unmöglich machen, dass wir auch noch einen einzigen Euro an Gewinnabführung aus den Unternehmen erwarten dürfen. Die Sachlage ist allerdings jedenfalls viel zu kompliziert, als dass ich hier jetzt näher darauf eingehen könnte, aber die beiden Geschäftsführer, die übrigens ich am Freitag von diesem Vorschlag unterrichtete, trugen beide überzeugend Bedenken vor, die mit denen, die ich bereits am Donnerstag angeführt hatte, ziemlich identisch waren, und die sie Ihnen, Frau Häußler, mit Sicherheit auch vorgetragen hätten, wenn Sie sie mal danach gefragt hätten.

Dass Sie das nicht getan haben, spricht wiederum für sich – und Bände über Ihre Arbeitsweise!

Ich will zusammenfassen und auf den Punkt kommen.

Wir haben gestern in der Fraktion erneut lange über die Problematik gesprochen, mit folgendem Ergebnis:

Wir stehen nach wie vor zu den Aussagen, die wir am 24. Mai im Konsens getroffen haben, das heißt, wir stimmen den Punkten 1, 2, 5 und 6 des BMA-Papiers vom 10. Juni zu.

Wir stimmen auch dem Punkt 3 zu, möchten aber das Wort „fusionierten“ gestrichen haben. Das ist ein Antrag.

Dem Punkt 4 können wir nicht zustimmen. Stattdessen schlagen wir vor, den Konzepten beider Geschäftsführer der Wohnungsunternehmen zu folgen.

Dabei weisen wir insbesondere darauf hin, dass mit dem Erwerb der GWG durch die HWG keine wesentlichen Veränderungen an der GWG vollzogen werden sollen; sie erhält lediglich einen anderen Gesellschafter, der aber natürlich, wie wir alle wissen, selbst in städtischer Hand liegt.

Wir weisen weiterhin darauf hin, dass im Konzept der HWG, und vergleichbares könnte die GWG sicher nachlegen, die Ansage enthalten ist, in den nächsten Jahren ca. 165 Mio. EUR in der Bauwirtschaft ausgeben zu wollen, und zwar vorwiegend an hallesche Betriebe, wie es bei unseren Wohnungsunternehmen ja üblich ist.

Und wir weisen auf den Passus hin, dass damit eine erfolgversprechende Variante für die Zukunft unseres ZGM gefunden sein könnte.

Wir bitten Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unserem Vorschlag zuzustimmen und wir weisen weiterhin darauf hin, dass auch mit der Variante, für 200 Mio. EUR Bestände zu verkaufen, das Ziel, 350 Mio. EUR abzulösen, nicht erreicht werden kann.

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich hatte es eingangs schon gesagt, der Haushalt ist der Höhepunkt des politischen Handelns, weil er alle Bereiche unseres Öffentlichen Lebens tangiert. Und deshalb würde ich gern noch sehr vieles sagen und könnte ich noch sehr lange reden. Aber ich will jetzt doch langsam zum Ende kommen, obwohl mir bewusst ist, dass ich auf Einzelheiten aus den einzelnen Geschäftsbereichen noch gar nicht eingegangen bin, nichts zum Vermögenshaushalt und nichts zu den Investitionsplanungen gesagt habe. Aber ich glaube, ich habe genug geredet und vor allem glaube ich, das Wichtigste gesagt bzw. erwähnt zu haben. Das Eine oder Andere wird ja sicher auch in der Diskussion noch anzusprechen sein.

Halle und die Hallenser fühlen sich offenbar zu Höherem berufen, das wird immer wieder deutlich, ob durch die Ambitionen bei der Olympiabewerbung Leipzigs, die eigene Kulturhauptstadtbewerbung, die Pläne, ein neues Fußballstadion zu bauen. Frau Häußler sagt immer wieder, Halle brauche – und habe – Visionen, und das ist gut und richtig so.

Ich lebe gern in meiner Stadt und ich bin stolz darauf, was hier schon geleistet worden ist.

Freilich haben wir auch Fehler gemacht, jede und jeder von uns. Aber wir haben gelernt und uns ehrlich bemüht und bemühen uns weiter.

Fehler dürfen wir uns aber nicht mehr allzu viele leisten.

Das bedeutet, dass wir selbst intensiv reden und konsequent entscheiden müssen. Und dass wir darauf achten müssen, dabei das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Als Beispiel hierfür möchte ich den Bereich des Sportes nennen, speziell den des Kinder- und Jugendsportes. Hier haben wir wohl kaum das Recht, weiter wesentlich zu kürzen, denn sonst laufen wir Gefahr, wirklich Schaden anzurichten.

Die wesentlichen Reserven liegen ohnehin wirklich anderswo. Wir müssen sie aufspüren, und konsequent nutzen. Wenn wir zum Beispiel festgestellt haben, dass im Museumsbereich Sparpotenziale liegen, die Strukturen gestrafft, einen neuen Chef eingestellt und für den Juni des Jahres 2004 ein Konzept eingefordert haben, dann darf es einfach nicht mehr sein, dass dies ein Jahr später noch immer aussteht.

Hier waren wir viel zu geduldig, das müssen wir dann offen zugeben. Geduld zählt zwar zu den besten Tugenden, aber allzu viel ist meist ungesund. Im Umgang mit nicht ausgeschöpften Finanz- und Rationalisierungsreserven jedenfalls sollten wir Unduldsamkeit zur Tugend erheben und konsequent ausleben.

Als weiteres Beispiel fällt mir hier die Wirtschaftsförderung ein. Mit der bevorstehenden Dell-Ansiedlung ist hier zwar endlich einmal ein großer Wurf gelungen, und den gönne ich auch und ganz besonders Herrn Dr. Franke und seinen Mitstreitern und ich gratuliere ihnen auch von dieser Stelle noch einmal dazu.

Das darf uns aber nicht davon abhalten, weiter den Finger darauf zu legen, dass wir ein neues Konzept auch für die Wirtschaftsförderung gefordert und in Auftrag gegeben haben, und dass die dafür angesetzten Termine längst verstrichen sind.

Und wir müssen leider nach wie vor konstatieren, dass es noch immer nicht gelungen ist, den Verwaltungslotsen auch für den kleinen Mittelständler zu installieren.

Fazit: Wir haben gute und sehr gute Ansätze, und auch schon einige Erfolge zu verzeichnen, aber wir haben auch noch riesige Probleme und Arbeit ohne Ende. Wir Mitglieder der CDU-Fraktion sind zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit, auch zur Unterstützung harter Entscheidungen. Aber wir sind nicht länger bereit, Schlendrian zu dulden.

Gehen wir die Aufgaben in offener, ehrlicher Zusammenarbeit an, dann muss uns vor der Zukunft nicht wirklich bange sein.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld!"